

**Fragestunde  
gemäß § 48 der Geschäftsordnung  
für die Sitzung der Stadtverordnetenversammlung  
am 19. November 2015**

**Alte Frage:**

<p><b>Nr. 325</b></p>	<p><b>Hartmut Bohrer Linke&amp;Piraten</b></p> <p>Dez. II z.w.V.</p> <p><b>getauscht mit Frage Nr. 310</b></p>	<p>Die Kontaktstelle GEMEINSCHAFTLICHES WOHNEN ist eine wichtige Einrichtung der Landeshauptstadt Wiesbaden, die Menschen in dieser Stadt, die an gemeinschaftlichen Wohnprojekten interessiert sind, zusammenführt, sie berät und durch die Kooperation an einem „Runden Tisch für gemeinschaftliches Wohnen“ für die Verwirklichung gemeinschaftlicher Wohnprojekte wertvolle Arbeit leistet. Aufgrund fehlender klarer positiver Aussage hinsichtlich der weiteren Finanzierung der Kontaktstelle, ist Verunsicherung hinsichtlich der zukünftigen Existenz der Kontaktstelle und des Runden Tisches entstanden.</p> <p>Welcher Geldbetrag ist für die Weiterführung der Kontaktstelle in den Haushaltsjahren 2016/17 erforderlich? Darf davon ausgegangen werden, dass dieser Betrag in den nächsten beiden Haushaltsjahren zur Verfügung stehen wird?</p>
-----------------------	--	--

**Neue Fragen:**

<p><b>Nr. 317</b></p>	<p><b>Dr. Vera Gretz-Roth SPD</b></p> <p>Dez. III z.w.V.</p>	<p>Nach Pressemeldungen beabsichtigt Kion seine Unternehmenszentrale von Wiesbaden und damit einhergehend 200 Arbeitsplätze nach Frankfurt zu verlegen.</p> <p>Ich frage daher den Magistrat:</p> <ol style="list-style-type: none"> <li>1. Seit wann hat er Kenntnis davon, dass dem Unternehmen die gegenwärtig in Wiesbaden genutzten Immobilien nicht mehr ausreichen?</li> <li>2. Wie hat er von den räumlichen Veränderungswünschen des Unternehmens erfahren?</li> <li>3. Wie hat er mit welchen Angeboten wann darauf reagiert?</li> </ol>
-----------------------	--	--

		4. Welche Faktoren sind nach seiner Ansicht ausschlaggebend für die beabsichtigte Verlagerung nach Frankfurt?
<b>Nr. 318</b>	<b>Dr. Sven-Uwe Schmitz</b> <b>CDU</b>  Dez. VI z.w.V.	<p>Der Magistrat wurde um die Erstellung einer vollständigen Liste gebeten, welche Aufgaben die Stadt im Auftrag des Landes bzw. des Bundes wahrnimmt, ohne die entsprechenden Kosten erstattet zu bekommen. Die AG „Eckwertebildung“ hat Entsprechendes bereits am 28.05.2014 beschlossen; der FiWi bat am 4.2. um Fortschreibung für 2016/2017; die Stvv hat den Ausgangs-Beschluss am 26.3. bestätigt; der Ältstenausschuss hat am 24.9. daran erinnert, dass die Abarbeitung der Beschlüsse immer noch aussteht.</p> <p>Zwar liegt mittlerweile mit Schreiben vom 24.09.2015 der Erstentwurf einer Auflistung vor, die aber weder systematisch noch vollständig ist. So hat z.B. der Magistrat in seiner Sitzung am 13.10. sowohl den Erstentwurf beschlossen als auch die Sitzungsvorlage „Auswirkungen des neuen Bundesmeldegesetzes“ (15-V-34-0002), die in der Auflistung nicht erwähnt wird.</p> <p>Ich frage den Magistrat:</p> <p>Wann beabsichtigt der Magistrat, die Liste vorzulegen?</p>
<b>Nr. 324</b>	<b>Hendrik Schmehl</b> <b>SPD</b>  Dez. I z.w.V.  <b>getauscht mit</b> <b>Frage Nr. 319</b>	<p>Die Deutsche Sporthilfe richtet seit Jahren den Ball des Sports in Wiesbaden aus.</p> <p>Ich frage den Magistrat:</p> <ol style="list-style-type: none"> <li>1. Wie lange läuft der bestehende Vertrag mit der Deutschen Sporthilfe zur Durchführung des Balls des Sport?</li> <li>2. Sind in dem Vertragswerk Regelungen zur außerordentlichen Kündigung vorgesehen?</li> <li>3. Welche Auswirkungen drohen der Stadt, wenn kurzfristig die Verträge mit der Deutschen Sporthilfe einseitig vor Durchführung des Balls des Sportes in den Jahren 2016 und 2017 gekündigt werden?</li> </ol>
<b>Nr. 320</b>	<b>Stefan Breuer</b> <b>SPD</b>  Dez. V z.w.V.	<p>Die Vereinbarung zur Modellregion Inklusion zwischen der Stadt Wiesbaden und dem Land Hessen aus dem Februar 2013 sieht einen jährlichen Geschäftsbericht der Modellregion zum November vor.</p> <p>Ich frage den Magistrat:</p> <ol style="list-style-type: none"> <li>1. Liegt der erste Geschäftsbericht zur Modellregion mittlerweile vor? Wenn nein, warum nicht?</li> <li>2. Kann derzeit nachvollzogen werden, ob das Land Hessen seinem Teil der Verpflichtungen aus der Vereinbarung zur Modellregion nachkommt und die Zahl der Förderschullehrer in der Modelregion wie</li> </ol>

		<p>vorgesehen konstant hält?</p> <p>3. Wird der Geschäftsbericht bis zu den Haushaltsberatungen vorliegen, in denen über die finanzielle Absicherung der Verpflichtungen der Stadt Wiesbaden aus der Kooperationsvereinbarung gehen wird?</p> <p>4. Wenn nein, hält der Magistrat es für einen angemessenen Umgang des Landes Hessen mit seinem Kooperationspartner, dass zu haushaltsrelevanten Entscheidungen mit erheblichen finanziellen Auswirkungen seitens des Landes nicht die notwendigen Informationen veröffentlicht werden?</p>
Nr. 321	<p><b>Anita Hebenstreit</b> SPD</p> <p>Dez. V z.w.V.</p>	<p>Seitens der schwarz-grünen Landesregierung wurde die Versorgung der Oberstufen mit Lehrerstellen von 105% auf 100% reduziert, um zusätzliche Lehrerstellen im Bereich Ganztagschule und Inklusion bereitzustellen.</p> <p>Ich frage den Magistrat:</p> <p>1. Welche Auswirkungen hatten diese Stellenkürzungen in absoluten Lehrerstellen an den jeweiligen Oberstufen in Wiesbaden?</p> <p>2. Welche Auswirkungen hatten die Stellenkürzungen auf das Leistungs- und Grundkursangebot sowie freiwillige Kurse an den jeweiligen Wiesbadener Oberstufen?</p> <p>3. In wie weit konnte Wiesbaden bisher von höheren Stellenzweisungen in den Bereichen Ganztagschule und inklusiver Unterricht profitieren?</p>
Nr. 322	<p><b>Hans Peter Schickel</b> SPD</p> <p>Dez. III z.w.V.</p>	<p>Mit Beschluss der Stadtverordnetenversammlung vom 22.05.2014 wurde der Magistrat u. a. gebeten, eine Bestandsaufnahme zu erarbeiten, welche Stadtteile in Wiesbaden über welches Breitbandnetz-Angebot von welchen Anbietern verfügen. Darüber hinaus wurde er gebeten, sich für eine flächendeckende Versorgung des gesamten Stadtgebiets mit leistungsfähigen Breitbandanschlüssen einzusetzen.</p> <p>Ich frage den Magistrat:</p> <p>In welchem Umfang ist er inzwischen diesen Bitten nachgekommen und welche Ergebnisse kann er ggf. vorweisen?</p>
Nr. 323	<p><b>Renate Kienast-Dittrich</b> CDU</p> <p>Dez. VII z.w.V.</p>	<p>Im Wiesbadener Kurier vom 20. Oktober 2015 war zu lesen, dass die ELW ihre Arbeiten am Kanal an der Ecke Webergasse und hintere Langgasse zweimal unterbrechen musste. In einem Fall waren falsch verlegte Telekom-Kabel die Ursache. Knapp eine Woche mussten die Bauarbeiten ruhen, ehe die Telekom den selbstverursachten Schaden behoben hatte.</p>

		<p>Ich frage den Magistrat:</p> <ol style="list-style-type: none"> <li>1) Sind der ELW durch die falsch verlegten Kabel und den daraus resultierenden Verzögerungen Zusatzkosten entstanden und wenn ja, wie hoch werden diese beziffert?</li> <li>2) Kann die Telekom für diese Zusatzkosten in Regress genommen werden?</li> </ol>
<b>Nr. 319</b>	<p>getauscht mit Frage Nr. 324</p> <p>nach Tausch zurückgezogen</p>	
<b>Nr. 310</b>	<p><b>Manuela Schon Linke&amp;Piraten</b></p> <p>Dez. V z.w.V.</p> <p>getauscht mit Frage Nr. 325</p>	<p>Laut Antwort des Dezernates V auf eine Anfrage nach §45 („Kooperation mit Pharmaunternehmen“) aus dem Dezember 2014 hat die Firma AbbVie Deutschland GmbH &amp; Co. KG Interesse gezeigt, Projekte zur Gesundheitsförderung für Migrantinnen und Migranten zu unterstützen.</p> <p>Ich frage den Magistrat:</p> <ol style="list-style-type: none"> <li>1. Hält es der Magistrat für unproblematisch Projekte mit MigrantInnen über Kooperationen mit Pharmafirmen zu finanzieren?</li> <li>2. Welche Projektideen wurden bisher erarbeitet?</li> <li>3. Welche Stadtteile sind aus Sicht der Verwaltung zur Durchführung möglicher Projekte vorgesehen?</li> <li>4. Welche Projektträger und Vertragspartner werden bei einer weiteren Ausgestaltung voraussichtlich beteiligt sein? Kommen weitere Institutionen als Partner in Frage? Wenn ja, welche?</li> <li>5. Wann beabsichtigt der Magistrat die Stadtverordnetenversammlung über entsprechende Planungen zu informieren?</li> </ol>
<b>Nr. 326</b>	<p><b>Kristof Zerbe Linke&amp;Piraten</b></p> <p>Dez.II z.w.V.</p>	<p>In einer Veranstaltung zum Gemeinschaftsprojekt „Tiefe Geothermie“ der Landeshauptstadt Wiesbaden, der ESWE Versorgungs AG und der Rhein Main Deponie GmbH am 15. Jan. 2015 wurde unter dem Punkt Risiken und Maßnahmen die Nähe zu den Wiesbadener Heilquellen und als Maßnahme die Erarbeitung eines Heilquellenschutzkonzepts in enger Zusammenarbeit mit dem Hessischen Landesamt für Umwelt und Geologie (HLUG) genannt. In der Sitzung des Umweltausschusses am 3. Nov. wurde mitgeteilt, das Konzept sei erstellt und befinde sich in der behördlichen Abstimmung.</p> <p>Ich frage daher den Magistrat:</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>- Wann und wo wird das Heilquellenschutzkonzept veröffentlicht?</li> <li>- Wie ist der Bereich regional umgrenzt, den das Heilquellenschutzkonzept umfasst?</li> </ul>

		<ul style="list-style-type: none"><li>- Wie wird sich die Umsetzung des Heilquellenschutzkonzepts auf die Planungen des Projekts „Tiefe Geothermie“ hinsichtlich der geplanten Kosten auswirken?</li><li>- Wie hoch sind die Mittel, die in den Haushaltsplan für das Projekt „Tiefe Geothermie“ aufgenommen wurden?</li></ul>
--	--	--